

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 6886890

P/KV/61 - 14. März 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2a	<u>Übereinstimmung und Gegensätze</u> Das V. deutsch-französische Gespräch in Bad Godesberg Von G. Markscheffel	129
3 - 4	<u>Bruno Pittermann</u> Zum Besuch des österreichischen Vizekanzlers	75
4	<u>"KU-KLUX-KLAN of Texas" in der Bundesrepublik?</u> Ein merkwürdiges Rundschreiben	25
5 - 6	<u>Amerikanischer Präsidentenwahlkampf</u> Im Zeichen der Gipfelkonferenz Von unserem Korrespondenten in den USA	82
7	<u>Beschämender Rückstand</u> Die Bundesregierung und das Weltflüchtlingsjahr	40

* * *
* * *

Übereinstimmung und Gegensätze

G.M. - Zunächst eine erfreuliche Feststellung: Franzosen und Deutsche - ohne Unterschied ihrer parteipolitischen Zugehörigkeit - haben bei dem V. deutsch-französischen Gespräch in Bad Godesberg am vergangenen Wochenende völlig übereinstimmend und ohne Rückhalt die politisch-moralische Verpflichtung des Westens anerkannt, daß in Berlin die Freiheit gesichert bleiben muß. Auch daß die Wiedervereinigung Deutschlands nicht nur ein national-politisches Problem der Deutschen ist, sondern eine gesamteuropäische Aufgabe, ja, eine Aufgabe der freien Welt im Interesse der Erhaltung des Friedens, wurde unumwunden bestätigt. Das ist gut so, denn jeder Zweifel an der Richtigkeit dieser Thesen würde das gute deutsch-französische Verhältnis trüben.

Es hat aber bei diesem Gespräch in Bad Godesberg trotz der freundschaftlichen Atmosphäre einige Reibungsflächen und Unklarheiten gegeben, deren Bedeutung nicht übersehen werden darf, wenn man sich ein richtiges Bild von dem deutsch-französischen Verhältnis machen will.

Die französische A-Bombe

Die französische Atombombe wird von den französischen Politikern als eine "Stärkung des westlichen Verteidigungspotentials im kontinentalen Sinne" gewertet. Die von deutscher Seite geäußerten Bedenken, die A-Bomben-Explosion in der Sahara könne das Verhältnis zwischen Frankreich und den afrikanischen Völkern und damit zum freien Teil Europas trüben, wurde von den französischen Gesprächspartnern zurückgewiesen. Auch der besonders von sozialdemokratischer Seite vorgebrachte Einwand, die Vergrößerung des "Clubs der Atomkräfte" erschwere Abrüstungsverhandlungen, fand kein Gehör. Hier bildete sich zwischen deutscher CDU-Politikern und Franzosen aller politischen Schattierungen eine Einheitsfront gegen die Sozialdemokraten. Immer wieder wurde von französischer Seite betont, der Atomwaffen-Club werde ohnehin größer werden, und es sei daher nicht einzusehen, warum nicht wenigstens eine kontinentale Macht - also Frankreich - sofort mitmache. Außerdem sei die französische A-Bombe ein "Mittel der Gleichwertigkeit", das es General de Gaulle gestatte, bei der kommenden Gipfelkonferenz genau so aufzutreten, wie die USA, Großbritannien und die Sowjetunion. Eigentlich, so meinte ein französischer Politiker im Gespräch, müßten die Deutschen den Franzosen dafür dankbar sein, denn vielleicht sei es eines Tages notwendig, daß sich der europäische Kontinent auch einmal allein, also ohne die Amerikaner, gegen die Russen zur Wehr setzen müsse....

Sicherheit

Es wurde lange und heiß über das Problem der Sicherheit in Europa diskutiert. Hier ergab sich zwischen den CDU-Politikern und den meisten Gesprächsteilnehmern Frankreichs Übereinstimmung in der Ablehnung des militärischen Disengagements, mit dessen Hilfe im Herzen Europas der Entspannungsprozeß gefördert werden könnte. Die Franzosen meinten, das Auseinanderrücken der Militärböcke in Europa bedeute praktisch eine Verringerung der Verteidigungskraft des Westens. Sie wollten nicht anerkennen, daß - wie MdB Fritz Erler es sagte - dieses Auseinanderrücken erstens nur auf Gegenseitigkeit und Gleichwertigkeit

beruhen könne und zweitens bei entsprechenden Vereinbarungen zwischen Ost und West nicht zu einem Vakuum führen müsse. Bei der Diskussion über diesen Fragenkomplex zeigte es sich deutlich, daß CDU-Politiker und französische Gesprächsteilnehmer das Problem der Sicherheit in Europa fest ausschließlich unter militärischen Aspekten sehen. Daß die seit nunmehr zehn Jahren praktizierte Militärpolitik weder zu einer Entspannung noch zu einer erhöhten Sicherheit in Europa geführt hat, wurde von der genannten Gruppe der Gesprächsteilnehmer ignoriert.

"Globale Strategie"

Sehr vorschwommen blieben die Vorstellungen der französischen Politiker von der "globalen Strategie", die sie für den Westen forderten. Einmal wurde hierbei von der "Konsultationspflicht", ein anderes Mal vom "notwendigen Einfluß auf die militärischen und politischen Entscheidungen" gesprochen, wobei immer wieder - von französischer Seite - die Vorstellung sichtbar wurde, daß die drei Atomkräfte des Westens (USA, Großbritannien und Frankreich) eigentlich den Führungsanspruch im Rahmen der westlichen Verteidigungsgemeinschaft geltend machen könnten. Von deutscher Seite wurden alle diese Vorstellungen mit einer gewissen Skepsis registriert, auch als die Franzosen deutlich zu machen versuchten, daß sie mit Hilfe der "globalen Strategie" keineswegs einen Führungsanspruch auf den europäischen Kontinent konstruieren wollen.

Hilfe für Entwicklungsländer

Daß man den entwicklungsfähigen Ländern helfen müsse, wurde zum gemeinsamen politischen Bekenntnis. Aber schon bei der Diskussion darüber, wie und für wen diese Hilfe hauptsächlich zu organisieren sei, gingen die Meinungen auseinander. Die Franzosen befürworteten die vorzugsweise Hilfeleistung für diejenigen Länder in Afrika, die durch ihre frühere oder noch jetzt vorhandene Bindung zu den EWG-Ländern bereits "natürliche Voraussetzungen" erfüllen. Deutscherseits war man bedacht, festzustellen, daß die von den Franzosen bevorzugte Methode sehr leicht den Verdacht bei den afrikanischen Völkern erregen könne, man wolle einen etwas moderneren Kolonialismus aufrechterhalten.

Bei der Erörterung dieser oft nur in den Nuancen feststellbaren Meinungsverschiedenheiten kam natürlich die Problematik der Hilfe für die Entwicklungsländer außerhalb Afrikas etwas zu kurz. Die Folge davon war, daß gelegentlich der Eindruck entstehen konnte, die französischen Gesprächsteilnehmer seien bemüht, das deutsche Wirtschaftspotential zur Konsolidierung der französischen Position in Afrika einzusetzen. Interessant mag in diesem Zusammenhang sein, daß die Franzosen sechs namhafte Bankdirektoren zur Konferenz in Bad Godesberg mitgebracht hatten.....

Gegenüber diesen während der Diskussion aufgetauchten Schwierigkeiten trat die Frage "Wie soll man helfen?" etwas in den Hintergrund. Es sah zunächst so aus, als würde sich eine Alternative zwischen den Begriffen "Privater Hilfe" und "Staatlicher Planung" herausbilden. Erfreulicherweise ergab sich jedoch dann, daß übereinstimmend die Notwendigkeit der Anpassung an die ökonomische Struktur der hilfeempfangenden Länder erreicht werden müsse.

Ausklang

Dieses V. deutsch-französische Gespräch in Bad Godesberg war trotz der guten Atmosphäre und der erzielten Einmütigkeit in einigen Grundsatzfragen doch überschattet von jenen politischen Problemen, über die man nicht sprach. Man sprach z.B. in den öffentlichen Sitzungen nicht über die Tatsache, daß der Krieg in Algerien Frankreichs Ansehen in Afrika stark angeschlagen hat, und daß infolgedessen der Widerstand der afrikanischen Völker gegen Frankreich und seine europäischen Verbündeten immer stärker wird. Man ignorierte konsequenterweise die Überlegung, daß die afrikanischen Völker wegen der französischen Politik in Nordafrika oft allzu willig ihre Bereitschaft zeigen, östliche Einflüsse - politische und ökonomische Einflüsse - zuzulassen. Der Schatten wurde auch spürbar bei den Diskussionen über die Sicherheit in Europa. Hier dominierte das militärische Element, dessen Bedeutung angesichts der technischen Entwicklung in West und Ost ganz offenbar überschätzt wurde.

Trotzdem kann auch dieses Treffen deutscher und französischer Politiker als nützlich bezeichnet werden. Beide Seiten sprachen sich in dem Bewußtsein der Zusammengehörigkeit im Sinne einer gemeinsamen europäischen Aufgabe offen aus. Sie brauchten nicht auf ein vermeintliches Prestige Rücksicht zu nehmen und brauchten auch nicht zu überlegen, ob diese oder jene Formulierung den "Sieg" der einen oder anderen Seite bedeutet.

Deswegen sind diese Gespräche zu begrüßen. Wenn sie auch nicht zu Beschlüssen führen und auch nicht die Politik in Frankreich oder in Deutschland festlegen, so stellen sie doch einen wertvollen Beitrag zum gegenseitigen Verständnis und zur öffentlichen Meinungsbildung dar und legen manches offen, was in offiziellen Konferenzen nicht zum Ausdruck kommt.

Bruno Pittermann

Der österreichische Vizekanzler Bruno Pittermann traf am Sonntag zu einem mehrtägigen Besuch in der Bundesrepublik ein. Vorträge und Betriebsbesichtigungen sind ein wesentlicher Teil seines Programmes. Im Rahmen einer von der Friedrich-Ebert-Stiftung veranstalteten Vortragsreihe "Mensch und Wirtschaft" wird Pittermann über "Probleme der europäischen Vereinigung" sprechen.

ler - Nach Bruno Kreisky, dem gewandten und in Ost und West geschätzten Außenminister kommt nun ein anderer prominenter Österreicher zu Besuch in die Bundesrepublik - Dr. Bruno Pittermann, dem Könige nach der dritte Mann in unserer südlichen Alpenrepublik. Der im 55. Lebensjahr stehende Pittermann hat als Vizekanzler und Vorsitzender der österreichischen Sozialisten unverlässliche Züge seines Wirkens in das Buch der österreichischen Geschichte eingetragen. Seine bisher größten Leistungen sind die Wiedererlangung der österreichischen Souveränität - er gehörte mit zur Regierungsdelegation, die seinerzeit in Moskau die sowjetische Zustimmung zum Staatsvertrag aushandelte - und die 1958 erfolgte Verabschiedung des neuen und auch international stark beachteten Programms der österreichischen Sozialisten. Es trägt den Erfordernissen der modernen Industriegesellschaft Rechnung, schwört allen Doktrinisimus ab, stellt das Verhältnis zu den Kirchen auf positive Grundlagen. Heftige Auseinandersetzungen waren der Verabschiedung des Programms vorausgegangen. Pittermanns Einfluß gab den Ausschlag. Der Erfolg blieb nicht aus. Unter der Führung dieses vielseitigen, initiativenreichen und bestinformierten Mannes errang die traditionsreiche Partei der österreichischen Sozialisten bei den letzten Wahlen die bisher höchste Stimmenanzahl.

Der zweifache Doktor, gewesene Studienrat und Rechtsanwalt, der in Oberschulen Geschichte, Geographie und Philosophie lehrte, stammt mütterlicherseits von einer Sudetendeutschen. Sein Vater war ein Tullnfelder Wagenschmied. Seine politische Laufbahn begann er als Sekretar bei der Arbeitskammer in Klagenfurt. Die Zeit nach dem österreichischen Bürgerkrieg 1934 benutzte er zur Vertiefung seiner Studien. Während des Dritten Reiches mußte Pittermann zeitweise "untertauchen". 1945 wurde er in den Nationalrat gewählt. Von da an beginnt eine steile Karriere. Glänzende Rednergabe, gewürzt mit urwüchsigen Humor, parlamentarisches Verhandlungsgeschick und profunde Kenntnisse auf vielen Gebieten ebneten den Weg, der ihn zum höchsten Parteiamt und drittichtigsten Staatsamt führte. Seine Partei sendete ihn immer dann in die vordersten Linien, wenn es galt, bei aller Beachtung gewohnter österreichischer Konzilianz in der Sache hart zu bleiben.

Als der neue Vize-Bundeskanzler sein Amt antrat, meldete er sich beim Bundeskanzler Raab mit den Worten: Eurer Majestät gar nicht untertänige Opposition zur Stelle". Pittermann ist sicherlich kein bequemer Partner, aber seine bäuerliche Abstammung, sein Vorliegen und das Österreich jetzt eigentümliche politische Klima verhindern den Rückfall in jene Jahre der ersten Republik, da die großen Parteien den Weg zueinander sich versperrten und dadurch eine latente Bürgerkriegssituation herbeiführten. Im Dorf, so äußerte sich einmal der Vizekanzler, gäbe es zwar erst Streit von Haus zu Haus, doch sobald eine ernsthafte Gefahr sich erhebt, sei es das Feuer, das Wasser, der Hunger oder feindlicher Einmarsch, dann werden die kleinen Händel vergessen oder von der Tagesordnung abgesetzt: Alle ständen nun für Alle, vom Gemeinschaftsempfinden wird jedes Sonderempfinden überwunden. Das ist Bruno Pittermann, das ist auch das Geheimnis der langen Dauer der österreichischen Koalition.

Der Gast aus Österreich verfolgt mit lebendigem Interesse auch die Tätigkeit der europäischen Grenzen; sein Blick gilt jedoch ganz Europa, zu dem er auch Rußland zählt. Englische, italienische und französische Sprechkenntnisse erleichtern sein häufiges Auftreten bei internationalen Zusammenkünften. Pittermann kommt mit dem katholischen Erzbischof von Wien gut aus, gleichzeitig jedoch ist er ein Feind aller Schlagworte und Missionsgedanken. Von Klein-Europa hält er nicht viel, für ihn ist es der Zollverein des 20. Jahrhunderts. Man kann sicher sein: Dieser lebensfrohe Mann aus Wien, Vollblutpolitiker, Sozialist aus religiöser Überzeugung, Europäer und doch österreichischer Patriot, Feind jeder Diktatur und Befürworter der Verständigung zwischen Völkern und Staaten über alle ideologischen Grenzen hinweg wird den deutschen Zuhörern vieles zu sagen haben.

+ + +

"KU-KLUX-KLAN" - of Texas" in der Bundesrepublik?

sp - "KU-KLUX-KLAN" - das ist jene Organisation, die besonders in den Südstaaten der USA mit Terror und Lynchjustiz gegen die farbige Bevölkerung vorgeht. Jetzt hat sich diese Organisation mit einem am 11. März 1960 in Augsburg versandten Rundschreiben auch in der Bundesrepublik bemerkbar gemacht. In diesem Rundschreiben werden die Empfänger aufgefordert, sich bei einer Adresse in Texas über die Ziele von "KU-KLUX-KLAN" zu informieren. In schlechtem Deutsch und offensichtlich auf einer amerikanischen Schreibmaschine geschrieben, werden in dem Rundschreiben der Zionismus, die Freimaurerei, der Vatikan, der Jesuitismus; der Bolschewismus auf einen Nenner gebracht: das geistige Judentum. "KU-KLUX-KLAN" wird als eine Organisation angepriesen, die "die Weißen gegen den anlagemäßig zügellosen Vorstoß der Schwarzen schützen" soll. - Man könnte meinen, das Schreiben sei von einem Irren verfaßt worden. Da aber bekanntlich Irrungen und Verwirrungen die Grundlagen übler politischer Brunnengiftungen sind, sollten sich die zuständigen Stellen in der Bundesrepublik ernsthaft um die Ermittlung der Hersteller und Absender dieses Rundschreibens bemühen. Wir haben in letzter Zeit genügend Beispiele verantwortungsloser Machenschaften kennengelernt, die das Ansehen des deutschen Volkes im Ausland schwer geschädigt haben. Ganz gleich, ob es sich bei den Absendern und Verfassern des uns jetzt vorliegenden Rundschreibens um Deutsche oder um Amerikaner handelt - sie sollten mit den zur Verfügung stehenden gesetzlichen Mitteln verhindert werden, ihr Treiben fortsetzen zu können.

+ + +

Amerikanischer Präsidenten-Wahlkampf

Von unserem Korrespondenten in den USA

New York, Mitte März

James Reston, der politische Chronist der "New York Times", bemerkte vor kurzem, daß die feierlichen Reden, die Präsident Eisenhower auf seiner soeben abgeschlossenen Südamerika-Reise in den verschiedenen Hauptstädten gehalten hat und deren Wortlaut getreulich in allen Zeitungen der USA abgedruckt wurde, vermutlich kaum von einer Handvoll Amerikaner gelesen wurden; das Interesse der amerikanischen Öffentlichkeit sei nun einmal zur Zeit auf die Innenpolitik konzentriert, wie das ja in einem Präsidentenwahl-Jahr amerikanische Tradition ist; und je mehr das Jahr fortschreite, desto mehr werde das hektische Wahlkampffieber die amerikanische Öffentlichkeit mitreißen, und desto weniger werde sie sich für Ereignisse der Weltpolitik interessieren, von der Gipfelkonferenz bis zur Abrüstungsdebatte, einschließlich alles Tauziehens um Berlin. Ähnlicher Ansicht sind viele andere amerikanische Pressestimmen, und man wird ihnen recht geben müssen: im Mai, wenn in verschiedenen Gliedstaaten die Primärwahlen für die großen Parteikonvente des Monats Juli stattfinden, wird Amerika ausschließlich daran interessiert sein, herauszufinden, wie die Kandidaten für die Präsidentschaft, also vor allem in demokratischen Lagern, die gegenwärtigen Spitzenreiter Kennedy und Humphrey, abzeichnen.

Chruschtschow und die Wahlen...

Man hat auch schon gesagt, dass Chruschtschow jetzt eine herrliche Gelegenheit hat, ganze Katterrien von Ultimaten loszulassen oder gar einseitige Überraschungscoups zu starten, denn die amerikanische Regierung ist, bis der neue Präsident im nächsten Januar sein Amt antritt, weitgehend lahm gelegt und wird kaum großzügige Initiativen irgend welcher Art ergreifen oder Entscheidungen fällen, die nicht unbedingt allerdingendster Natur sind. Umgekehrt haben amerikanische Zyniker hinzugefügt, dass nicht nur die Innenpolitik der USA ihren Schatten auf die Außenpolitik werfe, sondern auch die Weltpolitik sehr direkt den Ablauf des amerikanischen Wahlkampfes beeinflussen werde, die gegenseitigen Einwirkungen also wechselseitig sind: es hänge gleichsam also von Chruschtschow ab, ob Amerikas nächster Präsident ein Republikaner oder ein Demokrat sein werde.

Dieser zynische Satz enthält ein Körnchen Wahrheit; die Republikaner, deren mutmaßlicher Bannerträger im Wahlkampf Vizepräsident Nixon sein dürfte, werden vermutlich mit Präsident Eisenhower erprobtem Schlagwort "Peace and Prosperity", Frieden und Wohlstand, in die Schlacht ziehen, - aber wenn Chruschtschow die Gipfelkonferenz aufliegen läßt, oder wenn er sonstige Gewaltakte ergreift, oder mit Säbeirasseln die Welt in Unruhe versetzt oder sich anderweitig "unmanierlich" benimmt, dann wird die "Friedensparole" hinfällig, und die oppositionellen Demokraten - die ihren Wahl-

Kampf sowieso weitgehend damit bestreiten dürften, daß sie die republikanische Verteidigungspolitik als katastrophal ungenügend attackieren - werden davon profitieren. Chruschtschows Verhalten in den kommenden Monaten wird also in der Tat das amerikanische Wahlergebnis mitbeeinflussen.

Aussichten

Wenn man den in Abständen erfolgenden Meinungsproben des Gallup-Instituts trauen darf, dann würde heute, also wenn die Wahl heute stattfinden würde, Vizepräsident Nixon vermutlich über seinen demokratischen Gegner, wer auch immer es sein wird, triumphieren, - allerdings mit einer sehr viel geringfügigeren Mehrheit als seinerzeit Eisenhower über Stevenson siegte. Diese mutmassliche Überlegenheit Nixons ist so klein, daß in der Tat jedes neue Ereignis die Lage ändern könnte: eine internationale Krise, eine innenpolitische Erschütterung, eine ökonomische Rezession würde vermutlich die paar Hunderttausend Wählerstimmen, auf die es schlussendlich ankommen mag, von dem einen Lager ins andere führen, und das könnte genügen, um den Demokraten ins Weiße Haus zu bringen.

Wer dieser Demokrat sein wird, ist immer noch unklar: die Partei ist in innenpolitischen Dingen, vor allem der hitzigen alten Debatte über die Negerrechte im Süden, gespalten, denn je und die Wahrscheinlichkeit wird immer größer, daß sich der Parteikonvent im Juli (in Los Angeles) auf einen Kompromisskandidaten der mittleren Linie einigen muss, um die Partei halbwegs geschlossen in den Wahlkampf führen zu können. Aber wer dieser Kompromisskandidat sein wird, läßt sich noch nicht einmal raten.

Man spricht immer noch von einem neuen Versuch Adlai Stevenson, man spricht mehr und mehr von dem Senator Symington, der sich der Sympathie und Unterstützung Ex-Präsident Trumans erfreut, man spricht von Senator Lyndon Johnson, - aber diese Namen, plus einem halben Dutzend anderen, schweben allesamt noch völlig in der Luft. Bleibt die Weltpolitik ruhig, dann wird sich die Auslese innerhalb der Demokratischen Partei ebenfalls vollziehen, - andernfalls aber werden die Demokraten den Ruf nach dem "starken Mann" erheben, und dann dürften sich, zum Beispiel, die Nominierungsaussichten von Männern wie Stevenson und Johnson erheblich bessern.

Beschämender Rückstand

sp - Die hessische Regierung hat sich um das ohnehin rampo-
nierte Ansehen des deutschen Volkes verdient gemacht, als sie am
letzten Sonntag mit einem Staatsakt in der Paulskirche auf ihre
Weise den von 55 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen unter-
zeichneten Aufruf zur Hilfeleistung an Flüchtlinge im Weltflücht-
lingsjahr gerecht wurde. In einer der letzten Bundestagsdebatten
kamen beschämende Tatsachen zum Vorschein. Eine seinerzeitige
Entschließung des Europarates maekte auch die Bundesregierung,
den von den Vereinten Nationen und dem Flüchtlingsausschuß der Be-
ratenden Versammlung des Europarates ausgearbeiteten Pläne für das
Weltflüchtlingsjahr 1959 die gebührende Aufmerksamkeit zu schenken
und entsprechende Maßnahmen für eine erfolgversprechende Durch-
führung dieser Pläne in der Bundesrepublik zu treffen.

Federführend dafür ist das Bundesflüchtlingsministerium. Aber
der moralisch-isolierte Herr Oberländer konzentrierte seine Ener-
gien auf andere Dinge, als einer Verpflichtung gerecht zu werden,
die uns alle angeht. Weder wurden die Länder beraten, noch gab es in
zureichendem Maße Besprechungen mit den Gewerkschaften, den in-
dustriellen Verbänden und den Banken, noch gab es Angaben über die
Verwendungsziele, unerläßliche Voraussetzungen für das Gelingen
einer solchen Aktion. Dementsprechend das bisherige Ergebnis: In
der Großoffensive der Menschlichkeit gegen die unverschuldete Not
der Heimatlosen in aller Welt steht die Bundesrepublik mit rund
zwei Millionen DM - von den Sammlungergebnissen der Kirchen abge-
sehen, - an letzter Stelle. Sie muß sich sogar von Jugoslawien
beschätzen lassen, das einen Beitrag von 6,7 Millionen für algeri-
sche und marokkanische Flüchtlinge zur Verfügung stellte, Großbritan-
nien gab 20 Millionen, eine österreichische Bank allein 100 000
Schilling. Die Bundesrepublik hat den Ruf, eine der reichsten Länder
der Welt zu sein - in der Erfüllung humanitärer Aufgaben aber läßt
sie sich Zeit und geht mit jedem Pfennig knausrig um.

Das ist gewiß kein gutes Bild, das wir über uns der Welt ver-
mitteln. Ist es schon vergessen, daß Millionen Deutsche ihr Über-
leben tätiger Hilfsbereitschaft und brüderlicher Solidarität zu
verdanken haben? Wir waren nach 1945 ein Land des Hungers und
schrecklicher Not. Beides ist bei uns zum größten Teil überwunden.
In vielen Teilen der Welt grassieren noch diese Geißeln der menschen-
heit. Es bleibt das Gefühl, daß wir viel zu wenig tun, um diese
mit bannen zu helfen. Andere Völker und Regierungen gehen uns hier
voran, obwohl wir hier mit an der Spitze stehen müßten...

+ + +

Verantwortlich: Günter Markschkeffel